

## **Österreichische Rechtsregierung bedroht Existenz von Public Netbase t0 – eine kurze Zusammenfassung**

Seit Februar 2000 ist in Österreich eine Koalition der christ-konservativen ÖVP und der rechtsextremen FPÖ unter Jörg Haider an der Regierungsmacht. Ebenso lange ist die kritische Kunst- und Kulturszene nunmehr im Visier einer repressiven Politik. Zu einem der ausgewählten Ziele der neuen Regierung zählt die renommierte Wiener Netzkunst-Institution Public Netbase t0, die aufgrund der massiven Kürzung von Förderungen in ihrer Existenz gefährdet ist und daher um das Überleben kämpft.

### **Public Netbase t0**

Seit 1994 hat sich Public Netbase t0 von einem engagierten kleinen Kulturprojekt zu einer der angesehensten Medienkultur-Institutionen Europas mit Sitz Museumsquartier Wien entwickelt. Eingebettet in ein dichtes österreichisches und europäisches Netzwerk leistet Public Netbase t0 wegweisende Arbeit an der Schnittstelle von Technologie, Kunst und Kultur. Die Institution betreibt einen non-profit-Internetprovider, ermöglicht künstlerische Praxis im elektronischen Raum und versucht Medienkompetenz zu vermitteln. Zudem ist es ihr ein großes Anliegen, zur (kultur-)politischen Bewusstseinsbildung im Zusammenhang mit den Möglichkeiten und Gefahren des Internets beizutragen.

Mit der Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ ist Public Netbase t0 als Zentrum für Kunst, Kultur und Neue Medien in eine schwierige Situation geraten. Einerseits war Public Netbase t0 bereits im Jahre 1998 das Ziel einer politischen Hetze und Diffamierungskampagne der FPÖ, die erst vor Gericht zu Gunsten der Netzkultur-Institution gestoppt werden konnte. Andererseits sind gegenwärtig viele Netzprojekte von regierungskritischen Organisationen über den Internetserver t0 angebunden, der als Objekt des Argwohns und einer gezielten Ablehnung immer wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gerät.

### **Museumsquartier: Standort ohne Zukunft?**

Durch die Kündigung der Räumlichkeiten im Museumsquartier per 30. April 2001 stand die Arbeit von Public Netbase t0 und damit von über 1200 Kunst- und Kulturprojekten an diesem Standort vorübergehend vor dem Aus. Da das Kündigungsschreiben weder eine Möglichkeit für einen Wiedereinzug noch Ersatzräume im Museumsquartier in Aussicht stellte, musste Public Netbase t0 vorerst davon ausgehen, dass unter dem Vorwand notwendiger Renovierungen einer der erfolgreichsten Kulturinstitutionen Österreichs die Existenzgrundlage entzogen werden sollte.

## **Inhaltliches Konzept des Museumsquartiers**

Dass Public Netbase t0 wegen der bevorstehenden Renovierungen den Sitz im Museumsquartier räumen muss, dabei aber über die Möglichkeit einer Rückkehr oder Nichtrückkehr ins Museumsquartier monatelang im Unklaren gelassen wurde, ließ Zweifel an den Zielvorstellungen des Wiener Museumsquartiers aufkommen.

Das Mitte Dezember 2000 von den Kunstjournalisten- und kuratoren Markus Wailand und Vitus Weh vorgelegte Strukturkonzept für ein zukünftiges Quartier 21 gab den Entwicklungen eine deutliche Wende.

Begrifflich versteht sich das inzwischen von Bundesministerin Gehrler (ÖVP) und dem Aufsichtsrat genehmigte Konzept als eine ergänzende Kategorie von zeitgenössischen, kritisch-diskursiven und unabhängigen Nutzungsformen im Museumsquartier. Damit wird der Forderung der gesamten Nutzerplattform Rechnung getragen, dass mit dem Quartier 21 keine Struktur unter der Hoheitsverwaltung der Museumsquartier GesmbH entstehen darf, die eine massive Einschränkung der institutionellen Selbstbestimmung zur Folge hätte.

Zu den wichtigsten Details des Konzepts zählt der Umstand, dass die Netzkulturinitiative Public Netbase t0, die das Museumsquartier in den vergangenen Jahren mit ihren Aktivitäten bereichert hat und den Standort zugleich ins Blickfeld internationaler Aufmerksamkeit rücken konnte, ein Angebot erhalten wird, auf Grundlage eines zweijährigen Mietvertrages ab März 2002 im bisherigen Umfang Räume zu beziehen.

### **Quartier 21 – Probleme im Detail**

Der Enthusiasmus angesichts dieser ersten Weichenstellungen für den Verbleib von Public Netbase t0 im Museumsquartier darf aber nicht über Probleme im Detail hinweg täuschen. Im Wesentlichen geht es dabei um zwei Kernfragen:

Public Netbase t0 hat in bisherigen Erklärungen immer sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass bei dem Technik- und Infrastruktumfang eines angemessen eingerichteten Medienkulturzentrums eine Vertragsdauer unter 5 Jahren keiner seriösen Herangehensweise entspricht. Das vorliegende Konzept sieht dafür 2 Jahre vor. Anschließend soll ein Expertengremium erneut über einen temporär begrenzten Verbleib entscheiden.

Nach dem aktuellen Kenntnisstand sind Miet- und Betriebskosten vorgesehen, die im Falle von Public Netbase t0 ein jährliches Ausmaß von knapp einer halben Million Schilling erreichen würden. Die Festlegung solcher Mietbeträge ist für kleinere Kulturinstitutionen vom Anspruch einer adäquaten Handhabung weit entfernt. Eine Stellungnahme der Verantwortlichen in der Kulturpolitik steht dazu noch immer aus.

## **Politische Entscheidungsträger**

Die kulturpolitisch Verantwortlichen sind der Situation im Museumsquartier bis zuletzt mit Gleichgültigkeit, Ignoranz und Tatenlosigkeit begegnet. Es fehlte vor allem die Bereitschaft der neuen österreichischen Bundesregierung, als Mehrheitseigentümer einen entsprechenden politischen Willen zu bekunden und für eine kritische Kulturarbeit im Museumsquartier die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

Handlungsbereitschaft signalisierte einzig die Stadt Wien, die sich schon im Juni 2000 in einem Gemeinderatsbeschluss für den Verbleib von Public Netbase t0 im Museumsquartier ausgesprochen hat. Zudem hat man seitens der Wiener Stadtpolitik dem kulturellen Stellenwert von Public Netbase t0 auch dahingehend Rechnung getragen, dass der Netzkulturinitiative ein verstärktes finanzielles Engagement bei einer existentiellen Gefährdung in Aussicht gestellt wurde.

Trotz des bislang erfolgreichen Versuches der Bundes-ÖVP unter Wolfgang Schüssel, im Sinne der Regierung und mit Rücksicht auf die Interessen der FPÖ auf die an sich selbstbestimmte Stadtorganisation einzuwirken, konnte sich innerhalb des kommunalen Parlaments eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen finden, die Public Netbase t0 zumindest ein Weiterbestehen sichern konnte.

## **Politische Schikane ohne Ende**

Während auf der Ebene der Stadt Wien erkannt wird, dass es die impulsgebende Funktion von Public Netbase t0 weiter auszubauen gilt, verzögert auf der Ebene der Bundesregierung Kunststaatssekretär Morak (ÖVP) noch immer willkürlich wichtige Subventionsentscheidungen.

Begonnen hat es am 24. Mai 2000 mit der Mitteilung an Public Netbase t0, dass das Bundeskanzleramt die Überprüfung der bisherigen Verwendung der Bundesfördermittel in Hinblick auf ihren Widmungszweck durch ein privates Wirtschaftsprüfungsunternehmen in Auftrag gegeben hat. Franz Morak beruft sich auf eine angebliche Empfehlung des Beirates für Medienkunst. Dieser Beirat hat darauf umgehend reagiert und sehr deutlich in der Öffentlichkeit zurückgewiesen, dem Kunststaatssekretär jemals ein solches Vorgehen empfohlen zu haben. Dieses Gremium ist für eine solche Empfehlung gar nicht zuständig und hat diesen Willkürakt gegen Public Netbase t0 aufs Schärfste verurteilt.

Tatsächlich vergeudet die Auftragserteilung an ein privates Wirtschaftsprüfungsunternehmen nicht nur Finanzmittel der öffentlichen Hand, weil die zweckgemäße Verwendung der Gelder durch dafür zuständige Behörden ohnehin alljährlich überprüft wird. Sie ist darüber hinaus juristisch höchst bedenklich und im Kulturbereich in dieser Form unüblich.

Bis heute konnte Kunststaatssekretär Morak den Verdacht nicht glaubwürdig entkräften, dass mit dieser Auftragserteilung eine engagierte, kritische und zukunftsorientierte Kulturorganisation einer zielgerichteten Repression unterzogen werden soll.

Dieser Einschätzung steht der Umstand gegenüber, dass das private Wirtschaftsprüfungsunternehmen bereits Ende September 2000 die Prüfung von Public Netbase t0 zu einem Abschluss brachte und in ihrem Bericht deutlich festgehalten hat, dass an der Finanzgebarung und Zweckwidmung der Fördergelder keine Beanstandungen festzustellen sind.

Obwohl Staatssekretär Morak eine Entscheidung über den bereits im Oktober 1999 gestellten Förderantrag für das Jahr 2000 nach Vorliegen des Prüfungsberichts in Aussicht gestellt hat, liegt bislang noch immer keine Subventionsentscheidung vor. Stattdessen wurde die Netzkultur-Institution zu Beginn des Jahres 2001 erneut mit einem Konvolut von Fragen konfrontiert.

Für Public Netbase t0 bedeutet diese willkürliche und nunmehr auch der Volksanwaltschaft vorgebrachte Verzögerung in der Entscheidung über den Förderantrag 2000 eine folgenschwere existentielle Beeinträchtigung. Der entstandene finanzielle Engpass gefährdet neben der gesamten Organisation, den verantwortlichen Personen und dem Kulturprogramm auch die Vorhaben der Museumsquartiers GesmbH.

### **Internationale Solidarität bei nationaler Repression**

Erfreulich ist angesichts der repressiven Regierungspolitik die internationale Unterstützung. Während Kunststaatssekretär Morak und andere Politiker von ÖVP und FPÖ versuchen, Public Netbase t0 durch Diffamierung und Schikanierung in den Ruin zu treiben, bekommt die Solidarität außerhalb Österreichs eine immer wichtigere Bedeutung.

Als Beispiel einer besonderen Wertschätzung sei hier das Institute for Applied Autonomy erwähnt. In einer Situation, in der die Bundesregierung mit Subventionskürzungen die kritische Kunst- und Kulturszene einzuschüchtern versucht, hat die amerikanische Künstlergruppe ihre Auszeichnung (Dotation 50.000 ATS) im Rahmen der Preisverleihung des Prix Ars Electronica 2000 als Anerkennung für die regierungskritische Arbeit an Public Netbase t0 weitergereicht. Ein wichtiges Zeichen der internationalen Unterstützung, das Public Netbase t0 auch weiterhin ermuntert, unermüdlich gegen Rechtsextremismus und eine menschenverachtende Politik anzukämpfen.